

Die Geheime Staatspolizei in Heidelberg

In der Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus in Heidelberg galt das Hauptaugenmerk – einem allgemeinen Trend folgend – lange Zeit den Opfern von Repression und Verfolgung. Von städtischer Seite geförderte Studien widmeten sich in den 1980er-Jahren der politischen Ausschaltung der Arbeiterbewegung und dem Antisemitismus vor Ort, und letzterer ist bis heute eines der Schwerpunktthemen der lokalen historischen Aufarbeitung und Erinnerung geblieben.¹ Auf Seiten der Täter haben zwar einzelne Personen wie der Kreisleiter der NSDAP Wilhelm Seiler oder Oberbürgermeister Carl Neinhaus ab und an Aufmerksamkeit gefunden,² systematische Studien zu den Gruppen und Institutionen, von denen Repression und Verfolgung ausgingen, fehlten jedoch bis vor kurzem fast ganz. Eine verdienstvolle Studie über die Heidelberger NSDAP hat unlängst den Anfang gemacht, eine gravierende Lücke zu schließen, und aktuell erscheint eine Arbeit über das Erbgesundheitsgericht, welche die Geschichte wenigstens eines Teils des Heidelberger Justizapparats im Nationalsozialismus erhellt.³ Der Forschungsbedarf bleibt jedoch groß, und besonders eklatant ist er mit Blick auf den Zentralakteur der Repression und Verfolgung: die Geheime Staatspolizei (Gestapo), über deren Heidelberger Ableger bislang sehr wenig bekannt ist.

Forschungsstand

Wer sich einen Überblick über die Geschichte der Heidelberger Gestapo verschaffen möchte, ist auf die Studie von Michael Stolle angewiesen, der vor mehr als 20 Jahren die Verwandlung der politischen Polizei in Baden in die Gestapo und deren regionale Organisationsgeschichte untersucht hat.⁴ Ihr Fokus gilt der Zentrale in Karlsruhe; gleichwohl finden sich aber auch einige Hinweise auf die Heidelberger Außenstelle. Deren Organisation schildert Stolle im Anhang seiner Studie in einer groben Skizze, die so kurz ist, dass sie hier ohne ungebührliche Platzverschwendung vollständig zitiert werden kann:

„Die historischen Wurzeln der politischen Polizei reichen in der Universitätsstadt Heidelberg bis 1902 zurück, dem Jahr, in dem die Fahndungspolizei gegründet und mit politisch-polizeilichen Aufgaben befasst wurde. In der Weimarer Republik existierte eine Außenstelle des Landespolizeiamts, die 1933 in eine ‚Landeskriminalpolizeistelle – Geheime Staatspolizei‘ umgewandelt wurde. Die Gestapo Heidelbergs war für die Bezirke Heidelberg, Sinsheim und Wiesloch zuständig. Vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs befand sich das Dienstgebäude in der Riedstraße 1; Anfang der vierziger Jahre zog man in die Bunsenstraße 19a um; das Haus hatte zuvor Juden gehört und war – vermutlich nach der Deportation der badischen Juden nach Gurs im Oktober 1940 – durch die Gestapo requiriert worden. Das Gebäude hatte vier Stockwerke; in zwei davon befanden sich die Dienstbüros der Gestapo. Im Frühjahr 1944 zwang die bedrohliche Kriegslage dazu, in Wiesloch ein Ausweichquartier zu beziehen. Die Akten und Einrichtungsgegenstände der Heidelberger Gestapo wurden Ende November 1944 nach Mosbach gebracht und dort wahrscheinlich vernichtet.“⁵

Auch über das Personal der Heidelberger Gestapo sind Stolles Studie einige Informationen zu entnehmen. Fünf der „Kurzporträts der badischen Gestapoleiter“ im Anhang betreffen Personen, die (zeitweilig) in Heidelberg tätig waren: die beiden Leiter der Außenstelle Johann Oettinger (1933–1943) und Jakob Scheuermann (1943–1945), den stellvertretenden Leiter Wilhelm Bender (1933–1945) sowie Albert Hauck, der vor seiner Tätigkeit in Heidelberg (1941–1942) die Außenstelle Mosbach geleitet hatte, und Otto Osswald, der nach mehrjähriger Tätigkeit bei der Heidelberger Gestapo (1934–1940) die Leitung der Außenstelle Waldshut übernahm.⁶ Die biografischen Angaben zu ihnen sind sehr knapp (Herkunft, Familienverhältnisse, Ausbildung, Kriegsdienst, berufliche Stationen im Polizeidienst, Partei- und NS-Organisationsmitgliedschaften, Internierungshaft und Spruchkammerverfahren), aber verdienstvoll, da sie eine Grobeinschätzung des Kleinkollektivs der leitenden Heidelberger Gestapobeamten ermöglichen, deren Biografien markante Parallelen aufweisen: geboren in der Mitte der 1890er-Jahre (Ausnahme Oettinger: 1880), Kriegsteilnehmer, Eintritt in den badischen Polizeidienst nach Ende des Ersten Weltkriegs (Ausnahme Oettinger: bereits 1908), 1933 Erwerb eines NSDAP-Parteibuchs (Ausnahme Hauck: erst 1937) und nach dem Zweiten Weltkrieg mehrjährige Internierung (Ausnahme Hauck: Kriegsgefangenschaft). Bei den politischen Schuldfeststellungen in den Entnazifizierungsverfahren zeigt sich eine breite Palette von Einschätzungen der Spruchkammern, die von „Mitläufer“ (Osswald) bis zu „Belasteter“ (Bender) reicht. Informationen über die späteren Lebenswege und damit über die beruflichen Karrieren fehlen dagegen bei Stolle.

Obwohl somit einige Anknüpfungspunkte gegeben wurden, ist seit der Veröffentlichung von Stolles Studie kaum etwas geschehen, um die Geschichte der Heidelberger Gestapo zu erhellen, sieht man einmal von zwei jüngeren Beiträgen ab, die das Augenmerk auf einzelne Gestapobeamte richten: Norbert Giovannini hat unlängst in einem Aufsatz den „Judenreferenten“ der Heidelberger Gestapo Wilhelm Bender näher beleuchtet,⁷ und vor zwei Jahren ist in diesem Jahrbuch der Strafprozess gegen den Heidelberger Gestapo-Beamten Eugen Feucht, der sich wegen Körperverletzung im Amt verantworten musste, dokumentiert worden.⁸ Dass die Forschung nur langsam und in kleinen Schritten vorankommt, ist umso misslicher, als das Thema auch über den Kreis der an der lokalen NS-Geschichte stark Interessierten hinaus Beachtung findet und in den Jahren 2022 und 2023 sogar auf die Tagesordnung der Heidelberger kommunalpolitischen Gremien gelangt ist: mit der zunächst in studentischen Kreisen aufgekommenen und von der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion übernommenen Forderung, an der Fassade des früheren Palais Boisserée (heutiges Germanistisches Seminar der Universität) am Karlsplatz eine Gedenktafel anzubringen, die daran erinnert, dass in dem Gebäude bis 1938 die Polizeidirektion – und damit auch die Gestapo – untergebracht war.⁹ Hierüber zu einer Entscheidung zu kommen, wäre vermutlich deutlich leichter, wenn denn mehr über die Heidelberger Gestapo bekannt wäre: insbesondere auch über ihren Personalbestand und ihre Tätigkeiten in den Jahren bis 1938, als sie noch als Abteilung der Polizeidirektion im Palais Boisserée untergebracht war.



Die Polizeidirektion im Palais Boissérée (Foto: Stadtarchiv Heidelberg)

Quellenlage

Es mag wie ein Armutszeugnis der Geschichtswissenschaft, die sich doch seit vielen Jahrzehnten intensiv mit der Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigt, anmuten, wenn sich die recht simple Frage, wie groß die Personalausstattung einer Außenstelle der Gestapo war, nicht ohne Weiteres beantworten lässt. Zumindest im Heidelberger Fall ist dies allerdings tatsächlich eine knifflige Frage, da die Quellenlage desolat ist. Wie in dem Stolle-Zitat oben bereits mitgeteilt, hat die Heidelberger Gestapo ihre Akten Ende November 1944 nach Mosbach gebracht, wo bis 1941 eine eigenständige Außenstelle existiert hatte, die dann Heidelberg unterstellt worden war. Von Mosbach gelangten die Akten Mitte März 1945 ins Kloster Gamburg (zwischen Tauberbischofsheim und Wertheim), wo sie zusammen mit den Akten der Gestapo aus Mannheim und Karlsruhe Ende des Monats in einer fünftägigen Aktion verbrannt wurden.¹⁰ Vermutlich diente diese Aktion in erster Linie dazu, die Ermittlungsakten gegen politische, rassische und religiöse Verfolgungsopfer verschwinden zu lassen, um kein Belastungsmaterial zur eigenen maßgeblichen Beteiligung am nationalsozialistischen Repressionssystem zu hinterlassen. Zugleich wurden aber auch reine Verwaltungs- und die Personalakten zerstört. Der Höhepunkt des Versuchs, Tabula rasa zu machen, war die geschlossene Flucht der Heidelberger Gestapo-Angehörigen (gemeinsam mit den lokalen Kriminalpolizisten) aus der Stadt am Gründonnerstag 1945, einen Tag vor der Besetzung Heidelbergs durch US-amerikanische Truppen. Die jüngeren Beamten hatten den Befehl, sich einer SS-Einheit bei Freiburg anzuschließen; die älteren durf-

ten sich ihre Fluchtroute selbst suchen.¹¹ Als die US-Amerikaner die Verwaltung der Stadt übernahmen, fanden sie also komplett leere Gestapo- und Kriminalpolizeibüros vor und mussten bei der Suche nach dem verschwundenen Personal erst einmal unkonventionelle Maßnahmen ergreifen und zum Beispiel bei den Heidelberger Banken nachfragen, welche Konten dort für Polizisten geführt wurden.¹²

Knapp 80 Jahre später ist die Ausgangslage für Recherchen günstiger und ungünstiger zugleich: Zwar lässt sich auf die damaligen Ermittlungsergebnisse zurückgreifen – jedenfalls soweit diese archiviert wurden –, aber es können keine Zeitzeugen mehr befragt werden, wie dies zum Beispiel massenhaft in den Internierungslagern geschehen ist, als alliierte Ermittler in der Vorbereitung der Nürnberger Prozesse Tausende von inhaftierten ehemaligen Gestapomitarbeitern verhörten – allerdings nicht zu ihren alltäglichen Dienstgeschäften, sondern vornehmlich zu ihren Kenntnissen von Verbrechen in den während des Krieges besetzten Gebieten.¹³ So bleibt für den Heidelberger Fall statt des Stöberns in Massenakten die Entschlüsselung von Kleinigkeiten, die zufällig überliefert sind und Anhaltspunkte für anschließende biografische Recherchen geben. Aus den Beständen des Generallandesarchivs Karlsruhe, in dem am ehesten Unterlagen der Gestapo Heidelberg zu vermuten sind, waren dies eine undatierte, aus den Jahren des Zweiten Weltkriegs stammende Telefonliste der Gestapoleitstelle Karlsruhe, in der auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Außenstelle Heidelberg verzeichnet sind, sowie fragmentarische Zeugnisse wie Reisekostenabrechnungsbögen aus der Endphase der Existenz der Heidelberger Gestapo.¹⁴

Die Verfasserin und der Verfasser dieser Zeilen haben nun damit begonnen, aus diesen archivalischen Fundstücken sowie aus den spärlichen Nachrichten, die aus der Literatur über die Heidelberger Gestapomitarbeiter überliefert sind, eine Personalliste zu erstellen und zu einzelnen Beamten weitergehende Recherchen anzustellen. Hierbei wurden insbesondere Spruchkammerakten eingesehen, die nicht nur die beruflichen und politischen Biografien der Betroffenen erhellen, sondern teilweise auch Informationen über ihre Kollegen bei der Gestapo enthalten und damit die Möglichkeit eröffnen, die Personalliste zu ergänzen. In Einzelfällen konnten aber auch Personalakten eingesehen werden, sofern die Betroffenen nach ihrer Entnazifizierung wieder im öffentlichen Dienst tätig waren, beziehungsweise Versorgungsakten, in denen die im Zuge der Berechnung von Ruhegehaltsansprüchen erhobenen Informationen über die beruflichen Werdegänge dokumentiert sind. Die Arbeit mit den Akten ist noch bei weitem nicht abgeschlossen, und die Personalliste wird sicherlich noch für einige Zeit unvollständig bleiben; gleichwohl seien im Folgenden in einer Art Werkstattbericht einige Befunde schon jetzt mitgeteilt. Sie betreffen die Entwicklung der Heidelberger Gestapo im Ganzen in einer groben Skizze sowie biografische Informationen zu einzelnen Gestapomitarbeitern.

Organisation im Überblick

Die Außenstelle Heidelberg der Gestapo scheint – um den Indikativ benutzen zu können, müsste noch ein früher Stellenbesetzungsplan aufgefunden werden – von ihren

Anfängen im Jahr 1933 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs aus höchstens einem halben Dutzend Kriminalbeamten bestanden zu haben. Neben den aus Stollés Übersicht leitender badischer Gestapobeamter bekannten Wilhelm Bender, Johann Oettinger (beide seit 1933 in Heidelberg) und Otto Osswald (seit 1934) gehörten zu dieser Gruppe Robert Frost und Alfred Schäfer, beide seit 1934 und beide später im Range eines Kriminalsekretärs. Sowohl Frost als auch Schäfer waren Quereinsteiger in den Polizeidienst und kamen offenkundig aufgrund parteipolitischer Meriten zur Gestapo: Frost, der nach dem Zweiten Weltkrieg untertauchte und nach dem in den 1960er-Jahren wegen der Beteiligung an Massenermordungen von Juden in der Ukraine gefahndet wurde,¹⁵ war Innenarchitekt gewesen und hatte bis 1934 als Geschäftsführer einer Möbelfirma in Langenbrücken gearbeitet.¹⁶ Schäfer, gelernter Friseur und Anfang der 1920er-Jahre vorübergehend als Wachtmeister in Ostpreußen und in Karlsruhe tätig gewesen, war von seiner Position als Lagerverwalter einer Berliner Papiergroßhandlung zur Gestapo nach Heidelberg gewechselt.¹⁷ Nicht ganz klar ist der Status von Christian Rösch, der seit 1928 bei der Heidelberger Kriminalpolizei tätig war und als Beamter der Fahndungspolizei mehrfach zum Dienst bei der Gestapo abkommandiert wurde.¹⁸ Bei entsprechendem Aufwand, etwa bei Razzien, Verhaftung größerer Personengruppen oder anderen Zwangsmaßnahmen wie dem Zusammentreiben der jüdischen Männer zur „Schutzhaft“ während des Novemberpogroms von 1938, scheint die zeitweilige Aufstockung des Personals durch Kriminal- oder Ordnungspolizisten das Mittel der Wahl gewesen zu sein. Der Alltagsbetrieb der Außenstelle Heidelberg der Gestapo dürfte dagegen in den Händen der fünf genannten Beamten gelegen haben.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wuchsen die Aufgaben der Gestapo beträchtlich an. Sie ermittelte in neu geschaffenen Straftatbeständen wie Kriegswirtschafts- und Rundfunkverbrechen, sie war für die Spionageabwehr zuständig und überwachte seit 1940 die rasch anwachsende Gruppe der zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppten Ausländer. Diese Tätigkeitsausweitung bedingte einen erheblichen Personalzuwachs der Gestapo, der für die Außenstelle Heidelberg ungefähr eine Verdoppelung der Mitarbeiterzahl bedeutete. Wie in der Anfangsphase 1933/34 wurden die Neuzugänge teilweise aus anderen Bereichen des Polizeidienstes rekrutiert: Eugen Feucht zum Beispiel, der sich nach dem Krieg wegen Körperverletzung im Amt vor Gericht verantworten musste, war 1924 in die württembergische Schutzpolizei eingetreten und wechselte 1941 von der Stuttgarter Kriminalpolizei zur Heidelberger Gestapo.¹⁹ Da die Verfügungsmasse aktiver Polizeibeamter klein war, griff man mehrfach auf Ruhestandsbeamte zurück und verpflichtete frühere Ordnungs- und Kriminalpolizisten zum Dienst bei der Gestapo. In Heidelberg gehörten hierzu Daniel Knissel, Otto Langner und Jakob Schnabel, die 1939 beziehungsweise 1940 reaktiviert wurden und im höheren Alter (alle drei waren 1877 geboren) nochmals Dienst für die Gestapo leisteten.²⁰ Ähnlich wie zu Beginn des Nationalsozialismus war die Gestapo auch im Krieg für Quereinsteiger offen, wenngleich nun nicht mehr als Auffangbecken für verdiente Parteimänner der NSDAP, sondern wegen eklatanter Personalnot. Dies legt zumindest der Fall Walter Brendel nahe, der sich nach einem 1936 abgebrochenen Studium drei Jahre als Versicherungsvertreter über Wasser gehalten hatte, 1939

arbeitslos geworden war und vom Arbeitsamt der Gestapo Heidelberg zugewiesen wurde, wo er zunächst in der Registratur eingesetzt wurde, sein Aufgabengebiet aber bald auf Ermittlungstätigkeiten ausweiten konnte.²¹ Mit der Verdoppelung des ermittelnden Personals auf ungefähr zehn Beamte und Angestellte, die auch eine Vergrößerung des sonstigen Personals (Sekretärinnen, Techniker, Fahrer) mit sich brachte, ging in den Kriegsjahren auch eine Diversifizierung der Zuständigkeiten einher: Hatte es zunächst offenkundig nur eine Handvoll von Aufgabenbereichen gegeben, die sich dazu noch bei einzelnen Personen überlappten (Juden, kirchliche Angelegenheiten, Heimtücke-gesetz, Ausländer), so kamen seit 1939 neue Ressorts hinzu: „Fremdarbeiter“ oder „Rückführung deutscher Arbeiter“. Wie genau sich interne Organisation und Personalbestand der Heidelberger Gestapo in Zukunft noch erhellen lassen, ist ungewiss und jedenfalls abhängig vom Auftauchen bisher nicht entdeckter Verwaltungsakten. Was die Biografien der Gestapomitarbeiter betrifft, sind die Prognosen dagegen günstiger: Hier wird sich in Zukunft noch einiges Interessante zutage fördern lassen, wie die folgenden kursorischen Einblicke in sechs Lebensläufe zeigen.

Johann Oettinger

Johann Oettinger wurde am 16. August 1880 in Neckarmühlbach geboren und trat nach Tätigkeiten in der Landwirtschaft und Militärdienst im Jahr 1908 der Badischen Polizei (Schutzmannschaft) bei.²² Ein Jahr später wurde er nach Baden-Baden versetzt, wo er ab 1918 bei der Fahndungspolizei tätig war und in den Jahren 1930 und 1931 den politischen Außendienst übernahm. Am 1. Oktober 1931 erfolgte seine Versetzung zur Fahndungspolizei Heidelberg und im Jahr 1933 durch die Polizeidirektion Heidelberg die Abkommandierung zur Gestapo.²³ Zu diesem Zeitpunkt war er bereits seit vier Jahren Kriminalobersekretär, eine weitere Beförderung erlangte er während seiner Zeit bei der Gestapo nicht.²⁴ Nach eigenen Aussagen wurde er erst im Jahr 1938 bei der Neuorganisation der Gestapo zum „Vorsteher der Aussendienststelle Heidelberg“ ernannt.²⁵ Als Grund führte er selbst seine lange Dienstzeit bei der Polizei und den daraus resultierenden umfassenden Kenntnisstand an.²⁶ Vermutlich hatte er jedoch schon seit mindestens 1935 eine leitende Position bei der Gestapo in Heidelberg, wenn nicht sogar schon ab 1933.²⁷

Ein undatiertes Protokoll aus der Spruchkammerakte Oettingers hielt fest, dass „kein eindeutiges Bild über seine Haltung“ gezeichnet werden und sich auch über „seine Tätigkeit als Gestapo-Beamter nicht viel feststellen“ lassen könne.²⁸ Aus den Akten ergeben sich aber zumindest seine anfänglichen Tätigkeitsbereiche bei der Gestapo. Der Schwerpunkt lag auf der Überwachung von Kommunisten und Sozialdemokraten und auf der Berichterstattung für die Leitstelle in Karlsruhe. Von dieser vorgesetzten Dienststelle erhielt er nach eigener Aussage immer Anweisungen, die er auszuführen hatte.²⁹ Die Spruchkammer prüfte – beziehungsweise versuchte zu prüfen – mehrere Fälle direkter Beteiligung Oettingers an Gewaltmaßnahmen, fand aber keine Anhaltspunkte, seine Selbstaussage, immer nur auf Befehl und, soweit in seiner Kraft stehend, mildernd gehandelt zu haben, zu widerlegen. „Anlässlich der Exekution eines

wegen eines Sittlichkeitsverbrechens zum Tode durch den Strang verurteilten Polen in Rohrbach habe er nur die technischen Vorbereitungen zur Hinrichtung zu überwachen gehabt, an der Exekution selbst aber nicht teilgenommen“, fasste die Spruchkammer seine Einlassungen zusammen. Und zu einem anderen Sachverhalt hielt sie fest:

„Die Juden seien von der Gestapo in Heidelberg nur auf Anzeigen hin überprüft worden, wobei in derselben Art wie bei jedem Anderen auch verfahren wurde. Falls Härten aufgetreten sein sollten, so habe er davon nichts erfahren. Als die Juden 1938 auf Befehl deportiert wurden, habe er mit dem Abtransport ab Bahnhof Heidelberg nichts zu tun gehabt. An der Zerstörung der Synagogen sei er nicht beteiligt gewesen; der Gestapo sei die Teilnahme sogar ausdrücklich untersagt worden.“³⁰

Tatsächlich könnten die Aussagen und schriftlichen Erklärungen, welche der Spruchkammer über Oettinger vorlagen, kaum unterschiedlicher sein. So wurde ihm sowohl bescheinigt, dass er unter vielen Gestapobeamten „der Einzige“ gewesen sei, „der kein Schuft und Schurke war“,³¹ jedoch wurde ihm ebenso vorgeworfen, Misshandlungen als Leiter geduldet zu haben.³² Schon den Zeitgenossen fiel es schwer, bei den zum Zwecke der Entnazifizierung zusammengetragenen Selbst- und Fremdzeugnissen den Überblick zu behalten: Nicht nur bei Oettinger, sondern auch bei den im Folgenden vorgestellten Gestapobeamten sind die vielen positiven Aussagen mit Vorsicht zu bewerten, da das Ausstellen von Persilscheinen zum einen keine Seltenheit war, zum anderen viele Aussagen auch von anderen Mitarbeitern der Gestapo verfasst wurden – das heißt: man entlastete sich gegenseitig. Auch wurden einige Erklärungen zu Oettingers Person von Bekannten geschrieben, die er selbst darum gebeten hatte.³³ Allerdings bescheinigten auch glaubwürdige Personen wie Martin Walter, Pfarrer aus Dielheim, nicht nur Oettinger, sondern der gesamten Gestapo Heidelberg gutes Verhalten.³⁴

Im März 1943 wurde Oettinger zur Außendienststelle Mannheim der Gestapo versetzt und amtierte dort als stellvertretender Leiter. Nach seiner eigenen Sicht erfolgte diese Versetzung, da er in Heidelberg „nicht mit genügender Strenge vorangegangen“ sei.³⁵ Damit begründete Oettinger auch seine nicht erfolgte Beförderung, welche ihm seiner Ansicht nach eigentlich hätte zustehen müssen.³⁶ Dies nachträglich zu beurteilen, erscheint mit der aktuellen Quellenlage nicht möglich, jedoch spricht zumindest eine Aussage der Stenotypistin Ilse Ritter dafür, dass Oettinger die Heidelberger Dienststelle mit vergleichsweise lockeren Zügeln geleitet hatte. Sie bezeugte, dass durch den auf Oettinger folgenden Leiter Jakob Scheuermann „die Angestellten der Gestapo arbeitsmässig schärfer herangezogen wurden“.³⁷

Im März 1945 setzte sich Oettinger auf Befehl ab und meldete sich am 26. Mai 1945 in Mannheim zurück, woraufhin er festgenommen wurde.³⁸ Nach einem kurzen Aufenthalt im Gefängnis Ludwigshafen wurde er zuerst ins Interniertenlager Böhl und anschließend nach Ludwigsburg gebracht. Von Oktober 1946 bis Mai 1947 war er in Kornwestheim interniert. Am 10. August 1948 wurde Oettinger von der Spruchkammer Heidelberg in die Gruppe der „Belasteten“ eingestuft. Die damit ausgesprochene zweijährige Arbeitslagerhaftstrafe hatte Oettinger durch die Zeit der Internierung bereits verbüßt, sodass er nur noch eine Geldstrafe zahlen musste.³⁹ Gegen den Spruch

ging sein Rechtsbeistand im Oktober 1948 in Berufung und beantragte, Oettinger in die Reihe der „Minderbelasteten“ einzureihen. Dem wurde im Juni 1949 stattgegeben mit der Begründung, dass „das Vorgehen Oettingers [...] im Rahmen der dem Betr. obliegenden Pflichten eines Polizeibeamten der damaligen Zeit“ geblieben wäre. Auch wurde nun den zahlreichen Entlastungsdokumenten Glauben geschenkt, in denen Oettinger als „korrekter, gewissenhafter, und gerechtdenkender Beamter“ dargestellt wurde.⁴⁰ Im Juni 1950 wurde Oettinger schließlich auf Antrag des Öffentlichen Klägers der Gruppe der „Mitläufer“ zugewiesen mit einer Bewährungsfrist von sechs Monaten, welche zu dem Zeitpunkt allerdings schon ausgelaufen war.⁴¹ Aus den bislang eingesehenen Akten geht für diese Zeit noch hervor, dass er einige Zeit als Hilfsarbeiter tätig war. Oettinger starb am 27. Mai 1970.⁴²

Alfred Schäfer

Eine ganz andere berufliche Karriere als der im regulären Polizeidienst aufgestiegene Dienststellenleiter Oettinger hatte Alfred Schäfer, der 1934 zur Heidelberger Gestapo kam. Schäfer, 1896 in Iffezheim als Sohn eines Müllers geboren, hatte nach der Volksschule eine Gewerbeschule besucht und eine Friseurausbildung absolviert. Nach dem Kriegsdienst von 1915 bis 1918 kehrte Schäfer zunächst nicht ins zivile Leben zurück, sondern schloss sich einem Freikorps im Baltikum an. Nach dessen Auflösung wurde er von der Sicherheitspolizei in Ostpreußen übernommen. Am Jahresende 1920 kehrte Schäfer nach Baden zurück und bemühte sich um eine Ausbildung im Polizeidienst. In der Polizeischule Karlsruhe war er zweieinhalb Jahre als Wachtmeister tätig, bis er im Frühjahr 1923 aus politischen Gründen entlassen wurde: Er hatte sich an den Zusammenkünften Rechtsradikaler beteiligt, die bewaffneten Widerstand gegen französische Truppen organisierten, die im Zuge der Strafmaßnahmen gegen das Reich nicht nur das Ruhrgebiet, sondern auch badische Landesteile (Karlsruher Rheinhafen, Offenburg) besetzten.⁴³ Einer kurzzeitigen Tätigkeit als Aushilfsarbeiter in Karlsruhe folgte eine anderthalbjährige Arbeitslosigkeit, der Schäfer durch einen Umzug nach Berlin entkam, wo er ein Auskommen als Lagerverwalter fand. In Berlin bewegte er sich ebenfalls im rechtsradikalen Milieu und schloss sich 1928 der NSDAP und der SA an, in der er zum Sturmführer avancierte. 1930 trat er aus Partei und SA wieder aus – angeblich wegen „unliebsamer Vorkommnisse (es handelte sich um einen Überfall auf ein Kommunistenlokal)“.⁴⁴

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme verdrängte Schäfer seine angebliche Abscheu vor politischer Gewalt und gab der NSDAP mit seinem Wiedereintritt „im guten Glauben“⁴⁵ eine erneute Chance. In der Tat war es aber vor allem eine Chance für Schäfer selbst, der unmittelbar in seine badische Heimat zurückkehrte und seine Wiedereinstellung in den Polizeidienst erreichte. Die genauen Umstände erschließen sich aus den eingesehenen Akten nicht, es ist aber zu vermuten, dass ihm Kontakte zu alten politischen Weggefährten den Einstieg ermöglichten. Bereits zum 15. März 1933 wurde Schäfer wieder in die Badische Landespolizei aufgenommen und als Wacht-

meister in Heidelberg eingesetzt. Zum 1. Oktober 1934 erfolgte die Beförderung zum Hauptwachtmeister und gleichzeitig die Versetzung zur Gestapo – „ohne mein Zutun“, wie Schäfer später versicherte.⁴⁶ Bei der Gestapo war Schäfer eigenen Angaben zufolge zunächst zuständig für die „Überwachung des Schrifttums, Sicherstellung und Beschlagnahme verbotener Bücher und Zeitschriften“. Später habe er dann „verschiedene Sachgebiete“ bearbeitet, „u.a. Verg. gg. das Heimtückegesetz, Pfarrer, Kirchen und Sekten, Juden, Fremdarbeiter“. Den Dienst habe er, so behauptete Schäfer, immer so ausgeübt, wie „nach den Gesetzen der Menschlichkeit und der Humanität verlangt werden kann. Ich habe mir während meiner ganzen Dienstzeit keine persönlichen Vorteile verschafft, wohl aber hatte ich durch meine humane Dienstausbübung und Auffassung persönliche Nachteile.“⁴⁷ Schäfer meinte damit vermutlich, dass er nicht so schnell befördert worden war, wie er sich das gewünscht hatte. Der vergleichsweise späte Aufstieg zum Kriminalassistenten, zum Kriminaloberassistenten und schließlich 1940 zum Kriminalsekretär bot ihm aber andererseits Argumente zur Stützung seiner im Spruchkammerverfahren nachdrücklich vorgetragenen These, dass er ohne eigene Entscheidungsbefugnisse gewesen sei. Die Behauptung stets einwandfreier Dienstausbübung stützte Schäfer durch eigene Schilderungen, zum Beispiel über das großzügige Hinwegsehen bei Fällen des Nichttragens von „Judensternen“, und durch einige freundliche Persilscheine, darunter zwei aus der Feder von Pfarrern.⁴⁸

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde Schäfer zum Osteinsatz abkommandiert und war zunächst (bis Mai 1940) in Teschen (Cieszyn) und anschließend in Sanok in Polen im Einsatz. An beiden Orten leitete er das „Judenreferat“, wie er in seinem Spruchkammerverfahren offen berichtete: Seine Aufgabe sei gewesen, „die Juden zu registrieren, Judenälteste einzusetzen. Dann wurde ein Transport zusammengestellt und die Juden ausgesiedelt.“⁴⁹ Dass er hier zu Protokoll gab, am Anfang einer Kette gestanden zu haben, welche die Betroffenen in Konzentrations- und Vernichtungslager brachte, interessierte die Spruchkammer nicht weiter, und auch später scheint Schäfer nicht in den Blick der Justiz geraten zu sein – sie hätte in ihm neben dem 1945 verschwundenen Robert Frost einen zweiten Verdächtigen der Beteiligung am Massensmord unter den ehemaligen Heidelberger Gestapomännern finden können. Im Januar 1942 wurde Schäfer, wie er später behauptete „auf eigenen Wunsch“,⁵⁰ zurückversetzt und tat für anderthalb Jahre Dienst bei der Gestapo in Mannheim, bis er im Juli 1943 an seine angestammte Dienststelle in Heidelberg zurückkehren konnte. Mit seinen Kollegen floh Schäfer Ende März 1945 aus Heidelberg, kehrte aber nach sechs Wochen zurück und stellte sich der amerikanischen Militärpolizei, die ihn in Internierungshaft nahm. Diese dauerte in seinem Fall fast drei Jahre bis zum März 1948.

Nicht nur mit der langen Internierungshaft ähnelte Schäfers Schicksal in den ersten Nachkriegsjahren dem anderer Gestapobeamter; auch sein Spruchkammerverfahren nahm einen gewöhnlichen Verlauf: Zu seiner beruflichen Einbindung in den Repressionsapparat der Diktatur kam noch eine beträchtliche Formalbelastung durch die frühe NSDAP-Mitgliedschaft, sodass er mit der Einstufung in die zweithöchste Kategorie der „Belasteten“ (der Öffentliche Kläger hatte in ihm einen „Hauptschuldigen“ gesehen) durch die Spruchkammer im Januar 1948 noch recht glimpflich davonkam.⁵¹

Nichtsdestotrotz ließ Schäfer über einen Rechtsanwalt Rechtsmittel gegen den Spruch einlegen. Das weitere Verfahren zog sich bis in die Phase der Abwicklung der Entnazifizierung hin und wurde im Januar 1951 durch die Zentralspruch- und Berufungskammer Württemberg-Baden eingestellt.⁵² Dies bedeutete eine stillschweigende Besserstellung Schäfers zum „Minderbelasteten“, wodurch es ihm ermöglicht wurde, um Rückkehr in den öffentlichen Dienst nachzusuchen. Schäfer versuchte dies auch 1952 mit dem Antrag auf Wiedereinstellung in den Polizeidienst, der aber vom Präsidenten des Landesbezirks Baden abgelehnt wurde.⁵³ Soweit dies den eingesehenen Akten zu entnehmen ist, bestritt Schäfer nach der Entlassung aus der Internierungshaft seinen Lebensunterhalt dauerhaft als Lagerverwalter bei einem Heidelberger Unternehmen. Schäfers familiäre Verhältnisse in der Nachkriegszeit waren sehr schwierig: Seine Ehefrau hatte im Oktober 1945 Selbstmord begangen und vier minderjährige Kinder, darunter ein zwei Monate alter Säugling, zurückgelassen, die in der Obhut von Schäfers kranker Schwiegermutter waren, solange er interniert war.⁵⁴

Daniel Knissel

Während Schäfer dem Typus eines auch parteipolitisch profilierten Gestapobeamten entsprach, bietet sich ein ganz anderes Bild bei dem am 24. Juli 1877 in Siegelbach geborenen Daniel Knissel. Er trat im Jahr 1903 der Schutzmannschaft in Mannheim bei und wurde im folgenden Jahr nach Heidelberg versetzt.⁵⁵ 1911 wechselte er zur Kriminalpolizei Heidelberg, wo er 1920 zum Kriminalsekretär und im Jahr 1927 zum Kriminalkommissar befördert wurde.⁵⁶ Am 1. April 1937 wurde er noch zum Kriminalbezirkssekretär ernannt und im selben Jahr an seinem 60. Geburtstag in den Ruhestand versetzt.⁵⁷ Im Jahr 1937 mussten sich alle bereits pensionierten Beamten ins Rathaus begeben, wo sie angewiesen wurden, im Fall einer Mobilmachung wieder in den Dienst zu treten.⁵⁸ Diesem Befehl musste Knissel am 20. September 1939 nachkommen und zum Aushilfsdienst erscheinen, wie bereits zwei weitere pensionierte Kriminalbeamte.⁵⁹ Er wurde dort als „Kriminalangestellter (Ergänzungskraft)“ übernommen.⁶⁰

Nach seinen eigenen Angaben musste er bei der Gestapo „die harmloseste Arbeit“ verrichten, nämlich die Vernehmung deutscher Rückwanderer.⁶¹ Eine weitere Tätigkeit gab er auch im Meldebogen nicht an.⁶² Bereits nach 17 Monaten erhielt Knissel seine Entlassung mit Wirkung zum 28. Februar 1941.⁶³ Für ihn war dies die Folge seiner antinationalsozialistischen Einstellung, welche er bewusst offen dargelegt habe, um seine Entlassung herbeizuführen.⁶⁴ Daraufhin schien ein anonymes Schreiben eingegangen zu sein, welches ihn denunzierte.⁶⁵ Von wem dieses Schreiben ausging oder ob es wohlmöglich selbst von Knissel angefertigt wurde, ist nicht festzustellen. Jedoch bezeugte Kriminalsekretär Otto Müller, dass das anonyme Schreiben bei der Gestapo eingegangen und daraufhin die Entlassung Knissels erfolgt sei.⁶⁶

Auch wenn die Authentizität nicht zweifelsfrei zu klären ist, seien doch einige Aussagen aus dem Text zitiert, die erkennen lassen, worüber zeitgenössisch in Zusammenhang mit der Gestapo geredet und gemutmaßt wurde. So sah der Anonymus seine Überzeugung erschüttert, „daß bei der geheimen Staatspolizei nur zuverlässi-

ge Leute beschäftigt sind". Knissel, das „größte Quatschmaul", belege das Gegenteil. „Warum beschäftigt man solch einen Mann, solch überzeugten Bekenntnisfrontler bei der Gestapo?" Täglich verbreite er in der Öffentlichkeit Dinge, die Dienstgeheimnisse sein könnten, zum Beispiel die Nachricht von der Erschießung zweier „Bibelforscher aus Sulzfeld". Seine eigene Klientel verachte er, „denn all die Deutschen, die aus anderen Ländern zurückkämen, seien Lottel", und auch über seine Kollegen lästere er: „Ein Kollege Brendel würde aus purer Neugier täglich jede Post aus dem Ausland öffnen und lesen, ohne daß die Leute wissen, daß ihre Post von der Gestapo geöffnet worden war." Auch störte den Denunzianten, dass Knissel den Juden anlässlich der Massen-deportation nach Gurs im Oktober 1940 Sympathien entgegengebracht habe: „In Heidelberg seien 321 Juden fortgekommen, die armen Leute täten ihm so leid, aber das wird sich auch einmal rächen, den[n] die Leute seien ja wie Vieh behandelt worden." Besonders erbost war der Anonymus darüber, dass Knissel auch noch von seinem Vorgesetzten gedeckt würde: „Hier bei Oettinger sich über solchen niederträchtigen Menschen, der es nicht verdient, ein Deutscher zu sein, hat keinen Zweck mit ihm darüber zu reden, denn er ist solch einem Posten nicht gewachsen."⁶⁷

Knissel, der im Gegensatz zu seinen zeitweiligen Gestapokollegen das Kriegsende in Heidelberg verbracht hatte, geriet als Ruhestandsbeamter nicht unmittelbar in den Blick der neuen Behörden. Er wurde vom 9. August bis zum 20. Dezember 1946 in Darmstadt interniert und am 4. Dezember 1946 von der dortigen Lagerspruchkammer als „Entlasteter" eingestuft.⁶⁸ Am 16. Juni 1947 bat der Öffentliche Kläger die Spruchkammer Heidelberg, das nun auch dort geführte Verfahren gegen Knissel einzustellen, was am 27. August 1948 schließlich geschah.⁶⁹ Ausschlaggebend für die Begründung scheint auch hier das anonyme Schreiben gewesen zu sein sowie das Faktum seiner bloßen Bürotätigkeit bei der Gestapo. Schon zuvor, am 8. Juli 1946, war Knissel seine seit Juli 1945 eingezogene Pension wieder gewährt worden.⁷⁰ Hierum hatte er in einem Schreiben an die amerikanische Militärregierung auch unter Verweis auf seine politische Unbescholtenheit gebeten: „Ich liess mich nie zum Eintritt in die NSDAP bewegen und war auch in keiner Weise für diese Partei tätig, weil meine politische Einstellung als früheres Mitglied der Sozialdemokratischen Partei im Widerspruch stand zu den Massnahmen und Handlungen der NSDAP."⁷¹

Eugen Feucht

Mit Knissel teilte Eugen Feucht die reguläre polizeiliche Ausbildung und auch die Ferne zur NSDAP, der er nie beitrug. Feucht, 1902 im württembergischen Neuhütten geboren, arbeitete nach dem Volksschulbesuch zunächst einige Jahre im väterlichen Landwirtschaftsbetrieb und trat 1924 bei der Polizeischulabteilung Böblingen in die württembergische Schutzpolizei ein. Er kam 1929 zur Bereitschaftspolizei nach Stuttgart und wurde nach Besuch der Polizeifachschule 1933 in eine Planstelle des Polizeipräsidiums Stuttgart eingewiesen. Zwei Jahre später absolvierte Feucht einen Kriminalsekretär-anwärterlehrgang und wurde nach bestandener Prüfung als Kriminaloberassistent von der Kriminalpolizeistelle Stuttgart übernommen.⁷² Zur Gestapo gelangte Feucht im

Januar 1941 durch „Abkommandierung“ – er legte später Wert darauf, nie „versetzt“ worden zu sein, seine Bezüge immer weiter aus Stuttgart bezogen und auch statt einer Gestapodienstmarke nur jene der Kripo besessen zu haben. Gegen seine Abordnung zur Gestapo Karlsruhe habe er beim Leiter der Kripostelle Stuttgart „Einspruch erhoben“, sei aber darüber belehrt worden, „dass die Abordnung eines Beamten von Berlin aus angeordnet sei und dass ich als junger Beamter für das Kommando bestimmt worden war“. Im Übrigen war ihm erklärt worden, dass von „jedem Beamten, insonderheit von jedem jungen und gesunden Beamten“ verlangt werde, „dass er besonders in Kriegszeiten die Notwendigkeit derartiger Veränderungen einsehe und dass sich jeder widerspruchslos den ergangenen Anordnungen füge“. Es sei ihm also nichts anderes übriggeblieben, „als dem Befehl zu folgen oder mich harter Bestrafung auszusetzen unter Vernichtung der mühsam aufgebauten Existenz“.⁷³

Von der Gestapoleitstelle Karlsruhe wurde Feucht im Januar 1941 der Außenstelle Mosbach zugeteilt, und nach deren Auflösung ein halbes Jahr darauf gelangte er im August 1941 zur Gestapo in Heidelberg. Dort habe er, so wollte Feucht 1947 die Spruchkammer glauben machen, nur einen sehr kleinen Zuständigkeitsbereich gehabt: Bearbeitung der „Anzeigen wegen Vergehens gegen das Heimtückegezet sowie Überprüfungen allgemeiner Art (Heiratsgesuche mit Offizieren der Wehrmacht und dergleichen)“. „Mit Ausländern, Juden und in Religionssachen hatte ich nichts zu tun. Kirche und Religion habe ich nie bekämpft, ich hätte sonst gegen meine innere Überzeugung verstossen.“ Für seine Dienstführung stellte sich Feucht selbst ein glänzendes Zeugnis aus:

„Alle meine Diensthandlungen habe ich sachlich, korrekt, anständig und gerecht ausgeübt, wofür ich zahlreiche Beweise zu erbringen in der Lage bin. Ich habe jederzeit weitgehende Einsicht bei menschlich verständlichen Schwächen und Unüberlegtheiten geübt und deshalb viele Menschen vor Strafe bewahrt. Ich habe mich niemals gegen die Menschlichkeit vergangen, habe mir keine Kriegsverbrechen zugezogen noch habe ich mir Vorteile verschafft. Ich habe als Beamter getreu dem geleisteten Eide meine Pflicht erfüllt.“⁷⁴

Dieser Selbsteinschätzung gemäß tat Feucht bei Kriegsende so, als sei nichts geschehen. Mit den übrigen Kollegen floh er vor den Amerikanern aus Heidelberg nach Stuttgart zu seiner dort weiterhin wohnenden Frau und den Kindern. Er nahm seinen vier Jahre zuvor unterbrochenen Dienst bei der Kriminalpolizei Stuttgart wieder auf und wurde erst im September 1945 inhaftiert, als seine Gestapozugehörigkeit ruckbar wurde. Er kam in Internierungshaft in Ludwigsburg und in Kornwestheim, die fast drei Jahre andauern sollte. Die für ihn zuständige Lagerspruchkammer beurteilte seine Selbstauskünfte skeptisch, zumal sich mehrere Personen aus Heidelberg meldeten, die schwere Anschuldigungen gegen Feucht erhoben. Diese führten schließlich dazu, dass vor dem Landgericht Heidelberg ein Strafprozess gegen ihn wegen Körperverletzung im Amt und Aussageerpressung eröffnet wurde.⁷⁵ Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Feucht in mehreren Fällen bei Verhören körperliche Gewalt gegen Beschuldigte, insbesondere Frauen, angewendet hatte, und verurteilte ihn zu einer dreijährigen Zuchthausstrafe. Diese wurde gegen ihn ausgesprochen, als er noch in Internierungshaft saß, und sie beeinflusste auch das noch laufende Verfahren vor der Lagerspruch-

kammer. Diese versuchte, die Motive seines gewalttätigen Verhaltens zu ergründen, kam dabei aber zu keinem klaren Ergebnis. Ilse Ritter, die eine Zeit lang als Sekretärin für Feucht gearbeitet hatte und vor der Spruchkammer aussagte, meinte jedenfalls, dass politischer Fanatismus nicht sein Antrieb gewesen sei:

„Für einen besonders scharfen Nationalsozialisten habe ich ihn nie gehalten. Er handelte nicht aus politischen Motiven so, sondern wollte in jedem Fall die Wahrheit ermitteln, wenn sich die Beschuldigten in Widersprüche verwickelten. [...] Außer Herrn Feucht, mir und noch einem Angestellten waren alle Angestellten in der Partei. Politisiert hat er überhaupt nicht. Zuerst dachte ich mir, es sei der politische Beamte in ihm, der so eifrig nach einem Geständnis suchte, aber das war nicht der Fall.“⁷⁶

Auch wenn die Motive letztlich nicht geklärt werden konnten, war es vor allem die mitunter brutale Art, in der Feucht seine Dienstgeschäfte versehen hatte, welche die Lagerspruchkammer dazu veranlasste, ihn in die Kategorie der „Hauptschuldigen“ einzustufen.⁷⁷ Wie es in solchen Verfahren inzwischen Usus war, legte Feucht über einen Stuttgarter Rechtsanwalt einen Berufungsantrag gegen den Spruch vor⁷⁸ und in der Folgezeit noch einige weitere Persilscheine, darunter solche von seinerzeit beschuldigten Personen, die versicherten, von Feucht bei Verhören nicht schlecht behandelt worden, sondern im Gegenteil vor Schlimmerem bewahrt worden zu sein. Ebenfalls wie inzwischen fast zu einem Ritual geworden, wurde der erstinstanzliche Spruch aufgehoben und Feucht in einem zweiten Verfahren im September 1949 zu einem „Belasteten“ heruntergestuft.⁷⁹ Zu diesem Zeitpunkt saß Feucht bereits nicht mehr in Internierungshaft, sondern im Gefängnis Bruchsal, wo er seine Haftstrafe verbüßte. Nachdem er zwei Drittel der Strafe abgesessen hatte, kam er im Sommer 1950 auf Bewährung frei. Mit der Vorstrafe war für Feucht die Rückkehr in den Polizeidienst verbaut. Er bestritt in der Folgezeit seinen Lebensunterhalt als Arbeiter. Das jüngste Stück in den eingesehenen Akten ist sein Gesuch aus dem Jahr 1963 an das Polizeipräsidium Stuttgart zu prüfen, ob eine „Nachversicherung für die Zeit meiner Beamtenzugehörigkeit möglich sei“, da er nur eine „geringe Altersrente“ zu erwarten habe.⁸⁰

Walter Brendel

Walter Brendel hatte einen völlig anderen beruflichen Hintergrund als Feucht und zuvor keine Berührungen mit polizeilichem Dienst gehabt, wurde aber in der Gestapo dennoch tätig und übernahm dort durchaus relevante Aufgaben. Er wurde am 2. Februar 1904 geboren und studierte zunächst von 1923 bis 1929 in München und Würzburg Jura und anschließend mehrere Semester in Erlangen Volkswirtschaft, bevor er sich im Jahr 1931 in Heidelberg für ein Medizinstudium einschrieb. Dieses musste er jedoch 1935 aus finanziellen Gründen abbrechen, ohne einen Abschluss erlangt zu haben.⁸¹ Daraufhin arbeitete er kurze Zeit bei einem Zeitschriftenvertrieb und als Vertreter bei verschiedenen Versicherungsfirmen, bis er sich 1939 beim Arbeitsamt Heidelberg aufgrund ausbleibender Aufträge arbeitslos meldete.⁸² Von dort wurde er am 10. Oktober 1939 zur Gestapo Heidelberg vermittelt, nach seiner eigenen Aussage fasste er dies als Dienstverpflichtung auf.⁸³ Auf eine Anfrage der Spruchkammer

Heidelberg im Mai 1948 widersprach das Arbeitsamt Heidelberg diesem jedoch und stellte fest, dass eine „normale Vermittlung“ stattgefunden habe.⁸⁴ Aus dem Protokoll der Spruchkammersitzung vom 1. Juni 1948 wird deutlich, dass Brendel wohl hauptsächlich aus finanziellen Gründen zur Gestapo gegangen war.⁸⁵

Dort fungierte er als Kriminalangestellter und Ergänzungskraft und war bis zum 23. Juni 1943 angestellt.⁸⁶ Anschließend wurde er zur Kriminalpolizei Karlsruhe versetzt, verantwortlich für Kontrollen in Zügen nach verdächtigen Personen. Für Februar 1945 war er nochmals bei der Gestapo Heidelberg im Überwachungsdienst tätig, bis er abermals nach Karlsruhe versetzt wurde, diesmal jedoch zur Gestapo-Leitstelle.⁸⁷ Dort arbeitete er als Kurierfahrer.⁸⁸ In Heidelberg war er zunächst für ein halbes Jahr in der Registratur und der Kartei eingeteilt, jedoch nach eigener Aussage nicht für die „Judenkartei“, welche einen eigenen Sachbearbeiter hatte.⁸⁹ Danach scheint Brendel für das Sachgebiet „Kirchliche Angelegenheiten“ sowie für „Universitätssachen“ eingesetzt worden zu sein.⁹⁰ Hierfür musste er verschiedene Pfarrämter durchsuchen und die dortigen Bibliotheken kontrollieren.⁹¹ Davon zeugt auch eine Erklärung des Erzbischöflichen Dekanats in Heidelberg, die berichtet, dass er auch die Schreibmaschine beschlagnahmte, sich jedoch stets „durchaus korrekt und anständig“ benommen hätte.⁹² Der evangelische Kreisdekan urteilte ähnlich über Brendel.⁹³ Außerdem überwachte er „Sekten und Anthroposophen“ sowie Leihbüchereien.⁹⁴ Des Weiteren beobachtete er den „Ausländer Klub“ der Universität, in dem einige Studenten der Spionage verdächtigt wurden, und fertigte darüber Berichte an.⁹⁵ Zutreffend stellte der Öffentliche Kläger fest, dass Brendels Dienst „keineswegs [dem] eines Büroangestellten, sondern eines Exekutivbeamten“ glich und er politische Gegner überwachte.⁹⁶ Verschiedene von Brendel überprüfte Personen legten für sein Spruchkammerverfahren positive Zeugnisse vor, die jedoch mit gebührender Skepsis bewertet werden sollten. In seiner zweiten Anstellung bei der Gestapo Heidelberg war Brendel im Bereich des Arbeitsvertragsbruches eingeteilt und musste dort vor allem nach Personen fahnden, die Arbeit verweigerten, und ihre jeweilige Strafe festlegen.⁹⁷

Arbeitsamt Heidelberg

Sprechstunden: Von 8-12 Uhr

Gedächtnis: 5900

(Bei der Antwort ausgeben)

A/W.

Heidelberg

Heidelberg, den 31. Mai 1948

Registrierungs-Stunde 49 - Persönlichkeits 234

Fernsprecher 2761

Pandektenamt Karlsruhe 11922

Landesarchiv Heidelberg Konto 232/151

2. J. 1948

An den Herrn Vorsitzenden der Spruchkammer

Heidelberg

Beilagen: 0

Betrifft: Spruchkammerverfahren gegen Walter Brendel, Krim.-Ang., Heidelberg, Lutherstrasse 44, früher Dossenheimerlandstr. 74, am 2. Juni 1904 geboren - Az.: 59/54/435-37822 -

Vorgang: Ihre Anfrage vom 18. Mai 1948 - Ls. -

Aus meinen Unterlagen geht nicht hervor, dass Herr Brendel zur Gestapo dienstverpflichtet wurde. Ich kann durch Eintragung auf der Arbeitsbuchkarte nur feststellen, dass eine normale Vermittlung stattgefunden hat.

Nachstehend gebe ich Ihnen einen Auszug aus der Arbeitsbuchkarte des Herrn Brendel für die betreffende Zeit:

Angebe ob selbständig, vermittelt oder namentlich an-gefordert	Name, Sitz und Art des Betriebes	Art der Beschäftigung	von	bis
Vermittlung	Gehelme Staats-polizei Heidelberg	Angestellter	10.10.39	23. 6.4
	Kriminalpoli-zei Karlsruhe	"	23. 6.43	1. 2.48
	Gehelme Staats-polizei Heidelberg	"	Febr.45	März 45
	Internierten-lager Korn-westheim	"	9. 7.45-11.	3.48
	arbeitslos gemeldet seit		12. Mai 1948	

Im Auftrage:

ED. 1. 47. 1000 + 10 000.

Auskunft des Arbeitsamts Heidelberg über Brendel (Foto: Generallandesarchiv Karlsruhe)

Kurz vor Kriegsende erhielt Brendel in Karlsruhe den Befehl, sich abzusetzen und sich bei der nächsten SS-Dienststelle zu melden. Er fuhr jedoch nach Rosenheim.⁹⁸ Er wurde am 9. Juli 1945 in Ludwigsburg interniert und am 11. März 1948 entlassen.⁹⁹ Da nicht erwiesen werden konnte, dass er sich an „verbrecherischen Handlungen beteiligt“ hatte und ihm sogar attestiert wurde, dass er „im Dienst höflich, entgegenkommend und anständig war und in mehreren Fällen Leute gewarnt oder von der Verhaftung und Bestrafung bewahrt“ hatte, stuft ihn die Spruchkammer Heidelberg am 1. Juni 1948 als „Minderbelasteten“ ein. Aufgrund seiner Haft in den Jahren zuvor musste er keine weiteren Sühnmaßnahmen erbringen.¹⁰⁰ Gegen den Spruch ging jedoch sein Rechtsbeistand einige Tage später in Berufung und beantragte die Einstellung des Verfahrens.¹⁰¹ Allerdings präsentierte der Öffentliche Kläger nun eine Aussage eines Verfolgungsopfers, das „schwer belastendes Beweismaterial“ gegen Brendel vorlegen wollte.¹⁰² Daraufhin wurde der Fall an die Zentral-Spruchkammer Karlsruhe verwiesen, und es folgte ein kompliziertes Verfahren, dessen Schilderung eines eigenen Aufsatzes bedürfte.¹⁰³ Im Ergebnis nahm die Zentral-Spruchkammer einen „von der Kammer Heidelberg abweichenden Standpunkt“ ein und erklärte Brendel am 13. Juni 1949 zum „Mitläufer“. ¹⁰⁴ Über den weiteren Lebensweg Brendels nach dem Krieg sowie sein Todesdatum ist bisher nichts bekannt.

Franz Huppmann

Mit dem am 22. November 1901 in Karlstadt geborenen Franz Huppmann kam während des Zweiten Weltkriegs ein zweiter gelernter Friseur zur Gestapo in Heidelberg.¹⁰⁵ Im Jahr 1922 war er „aus Liebe zum Polizeiberuf“ in die Polizeischule Karlsruhe eingetreten und startete dort einen gewöhnlichen Werdegang bei der Polizei.¹⁰⁶ Am 1. Mai 1937 wurde er zur Gestapo Karlsruhe versetzt, nach eigener Aussage durch eine Dienstverpflichtung.¹⁰⁷ Hier erhielt er zur Rangangleichung die Bezeichnung Kriminaloberassistent, und im Dezember 1940 erfolgte seine Beförderung zum Kriminalsekretär.¹⁰⁸ Von Karlsruhe aus wurde Huppmann im September 1943 zur Außendienststelle Heidelberg abkommandiert.¹⁰⁹ Nach einer Aussage von Adolf Gerst jun., der ebenfalls bei der Gestapo in Karlsruhe und auch kurze Zeit in Heidelberg war (Mai 1944 bis März 1945), wurde die Versetzung Huppmanns nach Heidelberg von Jakob Scheuermann (Leiter der Außendienststelle Heidelberg ab 1943) veranlasst. Beide hätten bereits in Karlsruhe zusammengearbeitet, und es bestand zwischen beiden „ein gutes Einvernehmen“.¹¹⁰

Die Tätigkeit Huppmanns in Heidelberg scheint sich nicht sonderlich von der in Karlsruhe unterschieden zu haben. Laut eigener Aussage erhielt er am 4. Februar 1944 das Arbeitsgebiet „Allgemeine Abwehrfragen – Spionageabwehr, Wirtschafts- und Industriesicherung“ und führte in diesem Ermittlungen durch.¹¹¹ In einem ähnlichen Bereich war er schon zuvor in Karlsruhe tätig. Im Januar 1945 war er außerdem noch für den Bereich N zuständig und musste Nachrichten übertragen. Nach eigenen Angaben übte er dies allerdings aufgrund des Krieges de facto nicht mehr aus.¹¹² Laut Gerst gehörte zu seiner Arbeit auch der „Verkehr mit V-Leuten“.¹¹³ Huppmanns Tätigkeiten in Heidelberg wurden von der Kanzleiangestellten Elsbeth Bloemecke bestätigt.¹¹⁴ Als

sich Ende März 1945 die Außendienststelle Heidelberg auflöste, scheint Huppmann mit seinen Kollegen nach Freiburg geflohen, sich dort aber abgesondert zu haben und zurück nach Karlsruhe gegangen zu sein, wo er am 20. Juni 1945 festgenommen wurde. Für zwei Monate kam er in das Gefängnis Heidelberg und wurde anschließend in Kornwestheim interniert.¹¹⁵ Am 14. August 1947 beantragte der Öffentliche Kläger, Huppmann in die Reihe der „Belasteten“ einzureihen.¹¹⁶ Huppmann legte daraufhin in seiner Verteidigungsschrift eine Ansammlung von Zeugnissen vor, die seine Unschuld beweisen sollten.¹¹⁷

Sein Versuch, eine Milderung der Anklage zu erwirken, scheiterte zunächst. Vielmehr wurde am 24. Oktober 1947 vom Öffentlichen Kläger eine Einordnung in die Gruppe der „Hauptschuldigen“ beantragt. Der Grund dafür war die inzwischen entdeckte Koinzidenz von Huppmanns Eintritt in die NSDAP 1937 mit der Versetzung zur Gestapo, die darauf hindeuten schien, dass er doch nicht zur Gestapo dienstverpflichtet worden war.¹¹⁸ Huppmann beteuerte jedoch, dass auch sein Parteibeitritt auf Druck seiner Dienststelle erfolgt sei. Nach Anhörung der Zeugen beantragte der Öffentliche Kläger dann sogar eine Milderung und eine Einstufung in die Gruppe der „Minderbelasteten“, der Rechtsbeistand plädierte auf eine Einreihung in die Gruppe der „Mitläufer“ oder „Entlasteten“.¹¹⁹ Am 4. Dezember 1947 fiel schließlich die Entscheidung der Lagerspruchkammer Ludwigsburg, die offenkundig selbst die Persilscheine ehemaliger Gestapokollegen ohne jede Skepsis berücksichtigte und Huppmann als „Entlasteten“ einstufte. Die Kammer begründete dies mit den zahlreichen Fällen, in denen Huppmann angeblich bedrohten Personen behilflich gewesen sein sollte, und schätzte ihn als einen „grundehrlichen, charakterlich gefestigten Menschen“ ein, der sich „für Gegner des NS in selbstloser und gefährvoller Weise mit großem Erfolg eingesetzt“ hatte.¹²⁰ Das parallel laufende Verfahren vor seiner Wohnortspruchkammer Karlsruhe wurde am 13. August 1948 eingestellt und Huppmann am selben Tag aus der Internierungshaft entlassen.¹²¹ Über seinen weiteren Lebensweg ist nicht viel bekannt. Er nahm im Oktober 1951 eine Beschäftigung beim Besatzungsbauamt Heidelberg als Verwaltungsangestellter auf. Im Personalbogen hatte er nur angegeben, von 1922 bis 1945 bei der Badischen Polizei gewesen zu sein, seine Zugehörigkeit zur Gestapo Karlsruhe und Heidelberg blieb unerwähnt.¹²²

Ausblick

Die hier grob skizzierten Biografien der sechs Heidelberger Gestapomänner nehmen hauptsächlich die jeweiligen Berufswege in den Blick und ihre Bemühungen, vor den Spruchkammern die eigene Belastung durch die geheimpolizeiliche Tätigkeit in einem Unrechtsregime zu negieren oder zu bagatellisieren. Die Zahl solcher biografischen Skizzen lässt sich noch vermehren, da weitere Spruchkammerakten parat liegen. Vorgesehen ist, die hier in einem ersten Durchgang gesichteten sowie die weiteren lokalen biografischen Täterquellen aber auch noch aus anderer Perspektive auszuwerten: Die Spruchkammerakten der Gestapomänner enthalten nämlich eine Vielzahl von Informationen über NS-Verfolgungsoffer aus Heidelberg und der Umgebung der Stadt,

die bislang wenig, teilweise auch gar keine Beachtung gefunden haben. Schnell getan ist dies allerdings nicht, da die Akten in dieser Hinsicht zumeist nur Anhaltspunkte (Namen von Personen, die angeblich nicht oder aber von anderen drangsaliert oder misshandelt wurden, Hinweise auf Ereignisse, die sich so oder auch ganz anders abgespielt haben können) geben, die der Überprüfung anhand anderer Quellen bedürfen. Die Verfasserin und der Verfasser dieser Zeilen meinen nicht, dass sie selbst für die damit verbundenen Mühen exklusiv privilegiert sind, sondern würden sich über die Kontaktaufnahme historisch Interessierter freuen, die sich an der Auswertung der Heidelberger Gestapoquellen – egal ob mit einem Schwerpunkt auf der Täter- oder auf der Opferperspektive – beteiligen möchten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Jörg Schadt, Michael Caroli (Hgg.): Heidelberg unter dem Nationalsozialismus. Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung, Heidelberg 1985; Arno Weckbecker: Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933–1945, Heidelberg 1985. Als jüngste Buchpublikation zur Lage der Juden in Heidelberg vgl. Norbert Giovannini (Hg.), Ingrid Moraw, Reinhard Riese, Claudia Rink: Stille Helfer. Eine Spurensuche in Heidelberg (1933–1945), Heidelberg 2019.
- 2 Vgl. Hubert Roser: Parteistatthalter in Badens Kaderschmiede. Wilhelm Seiler, NSDAP-Kreisleiter von Heidelberg, in: Michael Kißener und Joachim Scholtyseck (Hgg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 655–681; Reinhard Riese: Dr. Carl Neinhaus: Ein Mann, „der mitgetan hat, ohne innerlich dabei zu sein“?, in: Wolfgang Proske (Hg.): Täter – Helfer – Trittbrettfahrer. Bd. 7: NS-Belastete aus Nordbaden + Nordschwarzwald, Gerstetten 2017, S. 235–256.
- 3 Vgl. Joey Rauschenberger: Die NSDAP in Heidelberg. Organisation und Personal im „Dritten Reich“ [Beiträge zur Heidelberger Stadtgeschichte, hg. v. Heidelberger Geschichtsverein, Bd. 2], Heidelberg 2021; Diana Kail: Zwangsterilisation in Heidelberg. Das Erbgesundheitsgericht 1934–1944, Heidelberg 2024.
- 4 Vgl. Michael Stolle: Die Geheime Staatspolizei in Baden. Personal, Organisation, Wirkung und Nachwirken einer regionalen Verfolgungsbehörde im Dritten Reich, Konstanz 2001.
- 5 Ebd., S. 369.
- 6 Vgl. ebd., S. 349, 356, 360–362.
- 7 Vgl. Norbert Giovannini: Brandstifters Biedermann. Die große Erzählung vom guten Menschen Wilhelm Bender bei der Gestapo Heidelberg, in: Giovannini: Stille Helfer (wie Anm. 1), S. 215–228.
- 8 Frank Engehausen: „Fälle, in denen er seine Opfer brutal und unwürdig behandelt hat“. Das Strafverfahren gegen den Heidelberger Gestapo-Beamten Eugen Feucht im September 1947, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 27 (2023), S. 259–266.
- 9 Vgl. Philipp Neumayr: Braucht das Germanistische Seminar eine Gedenkplakette?, in: Rhein-Neckar-Zeitung vom 11.1.2023.
- 10 Vgl. Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA), 465 c Nr. 15181a, Aktennotiz vom 30.11.1945. Bezeugt wurde dies durch eine Klosterschwester und die Ehefrau des Verwalters des Klosters.
- 11 Vgl. ebd., 465 f Nr. 1757: Spruch gegen Wilhelm Bender vom 22.7.1948 und Staatsarchiv Ludwigsburg, EL 48/2 I Bü 104, Aktenvermerk über die Aufenthaltsermittlung nach Robert Frost, 7.8.1963.
- 12 Vgl. GLA, 465 c Nr. 1017.
- 13 Diese Ermittlungsakten sind inzwischen digital zugänglich: <https://exhibits.stanford.edu/virtual-tribunals/feature/taube-archive-of-the-international-military-tribunal-imt-at-nuremberg-1945-1946> (Zugriff am 28.7.2024). Unter dem Suchbegriff „Gestapo“ finden sich Ver-

weise auf mehrere Hundert Akten, darunter in großer Zahl solche mit von inhaftierten Gestapomitarbeitern ausgefüllten Fragebögen.

- 14 Vgl. GLA, 465 c Nr. 1017 und Nr. 1761.
- 15 Vgl. Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL), EL 48/2 Bü I 104; zum Kontext vgl. Dieter Pohl: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944, München 1997, S. 148, 389 und 413 mit Erwähnungen Frosts.
- 16 Vgl. GLA, 465 q Nr. 18821, Lebenslauf vom 21.2.1947.
- 17 Vgl. StAL, EL 48/2 Bü I 104, Aktenvermerk vom 7.8.1963.
- 18 Vgl. GLA, 465 q Nr. 20593. In Röschs Spruchkammerverfahren sagte Dienststellenleiter Oettinger aus, dass der Hintergrund der Abkommandierung die „beträchtliche Mehrarbeit“ der Jahre 1934/35 gewesen sei, die sich durch die „Auflösung der Vereine und sonstigen Organisationen, die mit dem Dritten Reich in Widerspruch gestanden waren“, ergeben habe (Aktennotiz der Ermittlungsabteilung der Spruchkammer Heidelberg vom 23.6.1948).
- 19 Vgl. StAL, EL 51/1 I Bü 663, Gesuch um Nachversicherung zur Rentenversicherung vom 18.1.1965.
- 20 Vgl. GLA, 466-22 Nr. 11261 (Knissel), ebd., 465 q Nr. 8007 (Knissel), Nr. 38502 (Knissel), Nr. 8799 (Langner), Nr. 20721 (Schnabel).
- 21 Vgl. ebd., 465 q Nr. 38331.
- 22 Vgl. ebd., 465 q Nr. 12603, Meldebogen vom 4.10.1946.
- 23 Vgl. ebd., Aufzeichnung für die Spruchkammer vom 10.10.1946.
- 24 Vgl. ebd., Lebenslauf vom 6.10.1946.
- 25 Ebd., Aufzeichnung für die Spruchkammer vom 10.10.1946.
- 26 Vgl. ebd., Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 10.8.1948.
- 27 Vgl. ebd., undatierte mündliche Verhandlung. In diesem Dokument wird Oettinger als Leiter seit dem Jahr 1935, nachdem die Gestapo durch das Reich übernommen wurde, bezeichnet.
- 28 Ebd.
- 29 Vgl. ebd., Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 10.8.1948.
- 30 Ebd., Begründung des Spruchs vom 10.8.1948.
- 31 Ebd., Bescheinigung von Emil Henk vom 9.11.1946.
- 32 Vgl. ebd., Erhebungen der Spruchkammer vom 14.3.1947.
- 33 Vgl. z. B. die Erklärung von Nik. Feuerstein vom 23.6.1947. Feuerstein fertigte auch eine positive Erklärung für Oettingers Nachfolger Scheuermann an (vgl. ebd., 465 q Nr. 38438).
- 34 Vgl. ebd., Nr. 465 q 12603, Bescheinigung von Martin Walter vom 28.11.1947.
- 35 Ebd., Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 10.8.1948.
- 36 Vgl. ebd., Aufzeichnung für die Spruchkammer vom 10.10.1946. Nach eigenen Angaben hätte er zum Inspektor befördert werden müssen.
- 37 Ebd., Aussage Else Ritters vom 12.7.1948.
- 38 Vgl. ebd., Lebenslauf vom 6.10.1946.
- 39 Vgl. ebd., Spruch vom 10.8.1948.
- 40 Vgl. ebd., Spruch vom 14.6.1949.
- 41 Vgl. ebd., Spruch vom 25.1.1950.
- 42 Melderegisterauskunft des Stadtarchivs Heidelberg.
- 43 Zu Schäfers früher Biografie vgl. seinen in der Spruchkammerakte überlieferten Lebenslauf vom 21.2.1947 (GLA, 465 q Nr. 18821), einen Lebenslauf vom 7.8.1956 (ebd., 527-2 Nr. 8137) sowie einen Fragebogen aus dem Frühjahr 1961 (ebd., 466-22 Nr. 5027). Dass er 1923 aus politischen Gründen aus dem Polizeidienst entlassen worden war, hatte Schäfer der Spruchkammer verschwiegen.
- 44 Ebd., 465 q Nr. 18821, Aufzeichnung Schäfers („Vorläufige Verteidigung“) vom 5.3.1947.
- 45 Ebd.

- 46 Ebd., 527-2 Nr. 8137, Lebenslauf vom 7.8.1956.
- 47 Ebd., 465 q Nr. 18821, Aufzeichnung Schäfers („Vorläufige Verteidigung“) vom 5.3.1947.
- 48 Vgl. ebd., Pfarrer Retzbach aus Steinbach und Pfarrer Magnani aus Hettingen.
- 49 Ebd., Anlage zum Protokoll der Spruchkammersitzung vom 21.1.1951.
- 50 Ebd., 527-2 Nr. 8137, Lebenslauf vom 7.8.1956.
- 51 Vgl. ebd., 465 q Nr. 18821.
- 52 Vgl. ebd., Beschluss vom 29.1.1951.
- 53 Vgl. ebd., 527-2 Nr. 8137, Schreiben vom 3.4. und 30.7.1952.
- 54 Vgl. ebd., 465 q Nr. 18821, Schreiben der Rechtsanwälte Campenhausen usw. an die Spruchkammer vom 4.2.1947.
- 55 Vgl. ebd., 466-22 Nr. 11261, undatierte Standesliste.
- 56 Vgl. ebd., Lebenslauf vom 29.10.1945 und ebd., 466-2 Nr. 11261, Beförderung vom 28.10.1927.
- 57 Vgl. ebd., Erklärung vom 25.5.1937.
- 58 Vgl. ebd., 465 q Nr. 8007, Gesuch Knissels vom 23.3.1946.
- 59 Vgl. ebd. Dies war vermutlich Otto Langner, der am 11.9.1939 aus dem Ruhestand verpflichtet worden war; vgl. ebd., 466-22 Nr. 591, Anordnung vom 1.11.1939. Die andere Person ist bisher nicht zu identifizieren, es könnte allerdings Otto Müller sein, der auf demselben Weg verpflichtet wurde; vgl. ebd., 466-22 Nr. 11261, Bescheid an Otto Müller vom 10.9.1938.
- 60 Ebd., 466-22 Nr. 11261, Ruhegehaltsempfänger Daniel Knissel vom 1.11.1939.
- 61 Ebd., 465 q Nr. 8007, Gesuch Knissels vom 23.3.1946.
- 62 Vgl. ebd., 466-22 Nr. 11261, Meldebogen vom 2.11.1945.
- 63 Vgl. ebd., Entlassung des Krim.Ob.Sekretärs Daniel Knissel vom 11.2.1941.
- 64 „Dieses geschah zu meiner vollen Genugtuung, zumal ich von Anfang an danach strebte“; ebd., 466-22 Nr. 11261, Lebenslauf vom 29.10.1945.
- 65 Vgl. ebd., Abschrift des anonymen Schreibens vom 31.10.1940.
- 66 Vgl. ebd., Erklärung Otto Müller vom 28.9.1945. Über Kriminalsekretär Otto Müller sind bisher nur wenige Eckpunkte bekannt, er scheint jedoch wie Knissel aus dem Ruhestand zur Gestapo verpflichtet worden zu sein (siehe Anm. 59).
- 67 Ebd.
- 68 Vgl. ebd., 465 q Nr. 38502, Spruch vom 27.8.1946 und ebd., 466-22 Nr. 11261, Spruch vom 4.12.1946.
- 69 Vgl. ebd., 465 q Nr. 8007, Antrag auf Einstellung vom 16.6.1947 und ebd., 465 q Nr. 38502, Spruch vom 27.8.1948.
- 70 Vgl. ebd., 466-22 Nr. 11261, Zahlung von Versorgungsbezügen vom 8.7.1946. Mit diesem Bescheid wurden auch Jakob Schnabel und Otto Langner die Pensionen wieder ausbezahlt.
- 71 Ebd., Schreiben vom 19.12.1945.
- 72 Vgl. StAL, EL 905/4 Bü 371, Lebenslauf vom 25.10.1946 und EL 51/II Bü 663, Gesuch um Nachversicherung vom 18.1.1963.
- 73 Ebd., EL 903/3 Bü 72, Schreiben an den Öffentlichen Kläger vom Januar 1947.
- 74 Ebd.
- 75 Vgl. dazu Engehausen: Feucht (wie Anm. 8).
- 76 StAL, EL 903/3 Bü 72, Protokoll der Spruchkammersitzung vom 12.8.1948.
- 77 Vgl. ebd., Spruch vom 12.8.1948.
- 78 Vgl. ebd., Schreiben Kurt Göllers an die Spruchkammer vom 30.9.1948.
- 79 Vgl. ebd., Spruch der Zentral-Berufungskammer Nord-Württemberg vom 15.9.1949.
- 80 Ebd., EL 51/1 I Bü 663, Schreiben vom 18.1.1965.
- 81 Vgl. GLA, 465 q Nr. 38331, Lebenslauf vom 13.12.1946.
- 82 Vgl. ebd., Fragebogen vom 9.7.1945.

- 83 Vgl. ebd., Lebenslauf vom 13.12.1946.
- 84 Ebd., Schreiben des Arbeitsamts Heidelberg vom 31.5.1948.
- 85 Vgl. ebd., Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 1.6.1948.
- 86 Vgl. ebd., Auskunftserteilung vom 24.5.1947 und Lebenslauf vom 13.12.1946.
- 87 Vgl. ebd., Schreiben des Rechtsanwalts vom 13.10.1947 und Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 1.6.1948.
- 88 Vgl. ebd., Spruch vom 1.6.1948.
- 89 Ebd., Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 1.6.1948.
- 90 Vgl. ebd., Spruch vom 13.6.1949.
- 91 Vgl. ebd., Spruch vom 1.6.1948.
- 92 Ebd., Eidesstattliche Erklärung vom 8.4.1947.
- 93 Vgl. ebd., Evangelisches Kreisdekanat vom 14.4.1947.
- 94 Ebd., Spruch vom 13.6.1949.
- 95 Ebd., Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 13.6.1948.
- 96 Ebd., Schreiben des Öffentlichen Klägers vom 15.10.1947.
- 97 Vgl. ebd., Spruch vom 1.6.1948.
- 98 Vgl. ebd., Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 1.6.1948.
- 99 Vgl. ebd., Überstellung des Internierten vom 11.2.1948.
- 100 Ebd., Spruch vom 1.6.1948.
- 101 Vgl. ebd., Berufung vom 5.7.1948.
- 102 Ebd., Aussage Eduard Gumbels vom 13.6.1948.
- 103 Vgl. ebd., Spruch vom 1.6.1948.
- 104 Ebd., Spruch vom 13.6.1949.
- 105 Vgl. ebd., 465 h Nr. 54303, undatierter Fragebogen und Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 4.12.1947.
- 106 Vgl. ebd., undatierte Verteidigungsschrift.
- 107 Vgl. ebd., Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 4.12.1947.
- 108 Vgl. ebd., Spruch vom 4.12.1937.
- 109 Vgl. ebd., undatierte Verteidigungsschrift.
- 110 Ebd., Aussage Adolf Gerst vom 12.7.1948.
- 111 Ebd., An den Vorsitzenden der Spruchkammer vom 10.9.1947.
- 112 Vgl. ebd., undatierte Verteidigungsschrift.
- 113 Ebd., Aussage Adolf Gerst vom 12.7.1948.
- 114 Vgl. ebd., Bestätigung Bloemecke vom 20.11.1947. Sie sagte aus, dass „Franz Hupmann während seiner Tätigkeit bei der Außendienststelle Heidelberg ausschließlich in der Abteilung III (Spionageabwehr, Ref. N. und Industriesicherung) beschäftigt war“.
- 115 Vgl. ebd., undatierte Verteidigungsschrift.
- 116 Vgl. ebd., Klageschrift vom 14.8.1947.
- 117 Vgl. ebd., undatierte Verteidigungsschrift.
- 118 Vgl. ebd., Klageschrift vom 24.10.1947.
- 119 Vgl. ebd., Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 4.12.1947.
- 120 Ebd., Spruch vom 4.12.1937.
- 121 Vgl. ebd., 508-1 Nr. 1267, Spruch vom 13.8.1948 und ebd., 465 h Nr. 54303, Entlassungsschein vom 13.8.1948.
- 122 Vgl. ebd., 508-1 Nr. 4209, Personalbogen vom 26.9.1951.